

1. März 1963
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XVIII/42

Bonn, den 1. März 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Seiten:

1 - 2 Freibrief für Freibeutertum ? 58

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt - Gefürchteter 1. Juli 1963

2 Machtprobe beim französischen Nachbarn 30

De Gaulle "militarisiert" die Betriebe

3 Kürzungen unvermeidlich ? 44

Vierjahresprogramm der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung

Unterschiedliche Bewertung

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

4 Lehrermangel - ein ungelöstes Problem 45

Landtag Baden-Württemberg sucht nach neuen Wegen

Von Hans Dietz, Stuttgart

5 Ursache oder Wirkung - das Ergebnis bleibt 47

Neue antiliberale Phase jugoslawischer Kulturpolitik

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

6 Freie Welt - Lieder der Arbeiterbewegung 41

Eine Schallplattenreihe des Verlages "Die Brücke"

***** ZUR BEACHTUNG *****

In der Montag-Ausgabe unseres Pressedienstes (4 März 1963)
veröffentlichen wir einen ausführlichen Bericht über die
Verkehrspolitische Tagung der SPD in Bad Godesberg

"HERAUS AUS DEM CHAOS !"

Freibrief für Freibeutertum ?

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt - Gefürchteter 1. Juli 1963

sp - Noch sind es vier Monate bis zu jenem Termin - dem 1. Juli 1963 - zu welchem in mindest 300 Landkreisen die Mietpreisbindung für bis Mitte 1948 errichtete ältere Wohnungen aufgehoben wird und an deren Stelle freie Mietvereinbarungen treten sollen. Ungezählte Briefe von Mietern erreichten die Abgeordneten des Bundestages, aus denen die Sorge vor einem ungehemmten Mietwucher spricht. Für frei gewordene Wohnungen werden heute schon enorm hohe Mietpreise gefordert, oder man vergibt die Wohnung überhaupt nur an Bewerber, die den höchsten Mietpreis anbieten. Minderbemittelte müssen in diesem, ihren Atem übersteigenden Wettlauf auf der Strecke bleiben. Zwar gibt es im Strafgesetzbuch einen Wucherparagrafen, seine unklaren Bestimmungen lassen jedoch die größten Auslegungskünste zu. Es heißt da u.a.:

- * "Wer vorsätzlich Entgelte, die infolge der Ausnut-
- * zung einer wirtschaftlicher Machtstellung oder ei-
- * ner Mangellage unangemessen hoch sind, für die Ver-
- * mietung von Räumen zum Wohnen oder damit verbundene
- * Nebenleistungen oder für das Vermitteln einer sol-
- * chen Vermietung fordert, sich versprechen läßt oder
- * annimmt, wird ... bestraft."

Wer kann bei einer solchen Kautschukbestimmung in diesem oder jener Fall entscheiden, daß es sich um Mietwucher handelt? Hier sehen sich die Gerichte vor eine schier unlösbare Aufgabe gestellt.

Der Bundeswohnungsbauminister will die am 1. Juli entretende Mietpreisfreigabe mit dem sogenannten Wohnbeihilfegesetz koppeln, das einem gewissen Personenkreis helfen soll, durch staatliche Hilfe über die Hürde zu kommen. Nach allem, was bisher über diesen Gesetzentwurf bekannt wurde, wird er bei weitem nicht der zu erwartenden Notlage gerecht:

Es wird heiße Debatten im Parlament geben. Die Regierung hat sich selbst in Zeitdruck gebracht und die Entwicklung falsch eingeschätzt. Bei einer überstürzten Bearbeitung des Gesetzentwurfs kann nichts Vernünftiges herauskommen. Nichts, außer einem falsch verstandenen Freiheitsbedürfnis, spricht dagegen, wie es die Opposition im Bundestag vorschlug, die Aufhebung des Mietpreisstops für Millionen von Menschen um ein Jahr zu verschieben, wobei freilich zu fragen ist, ob sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt bis dahin grundlegend geändert hat.

Allein in den 50 deutschen Großstädten mit über 100.000 Einwohnern besteht gegenwärtig noch ein Fehlbedarf von 375.000 Wohnungen für 1,4 Millionen Menschen. Nach Feststellungen des Spitzenverbandes der deutschen Makler beträgt das Wohnungsbaufizit im Bundesgebiet - auch ohne die notwendige Sanierung der Städte (Abbruch der Bruchbuden) - 800 bis 900 Tausend Wohnungen, eine Zahl, die noch unter dem tatsächlichen Bedarf liegen dürfte.

Das Gewicht dieser Zahlen, in denen sich menschliche Erwartungen, Sorgen, Hoffnungen und Enttäuschungen ausdrücken, sollte das Bundeswohnungsbauministerium zu einer Überprüfung des Termins vom 1. Juli veranlassen. Bei diesem Defizit wird eine vorzeitige Freigabe am Wohnungsmarkt zur Katastrophe. Was bliebe denn noch übrig von einer zielbewußten Familienpolitik, was aus den Verpflichtungen des Grundgesetzes, die Bundesrepublik habe ein sozialer Rechtsstaat zu sein? Diese Verpflichtung verträgt sich nicht mit dem Freibeutertum, das sich heute auf dem Wohnungsmarkt schon ausgebreitet hat und dem nach vorzeitiger Freigabe der Mieten ein noch größeres Betätigungsfeld eröffnet würde.

+ - -

Machtprobe beim französischen Nachbarn

De Gaulle "militarisiert" die Betriebe

sp - Bei unserem französischen Nachbarn scheint die ökonomisch-politische Front ins Rutschen zu geraten. Die Preise laufen davon, de Gaulle will sie mit teil wirtschaftlichen, teil polizeilichen Maßnahmen stoppen. Die Gewerkschaften aller politischen Richtungen haben die Geduld verloren und wollen streiken; an der Spitze die Bergarbeiter. Dieser Drohung begegnete de Gaulle jetzt mit der Proklamierung des militärischen Ausnahmezustandes, durch den sich die zum Streik entschlossenen Arbeiter als Soldaten zu betrachten haben, das heißt, der militärischen Befehlsgewalt unterstehen sollen. Politisch interessant ist hierbei, daß der größte, von den Kommunisten beherrschte Gewerkschaftsbund CGT, am längsten gezögert hat, trotz der de Gaulle'schen Maßnahmen die Streikparole aufrechtzuerhalten. Die christlichen Gewerkschaften dagegen haben, zusammen mit den sozialistischen Gewerkschaften zuerst die Arbeiter aufgefordert, die Drohungen der Regierung zu ignorieren und zu streiken.

Im Blick auf das gute deutsch-französische Verhältnis sei daran erinnert, daß Staatspräsident de Gaulle vor kurzem meinte, das Bonner Grundgesetz taue nicht viel; im Frankreich der Gegenwart könne man "besondere Maßnahmen rein verfassungsmässig" durchführen. Auch in Frankreich ist das Streikrecht laut Verfassung unantastbar, aber da de Gaulle heute selbst "letzte Entscheidungen" trifft, entsteht die Frage, ob sich unser französischer Nachbar im Augenblick nicht im Zustand einer Verfassungslosigkeit befindet. Das Parlament jedenfalls kann wenig oder gar nichts gegen die von de Gaulle angeordneten Maßnahmen tun.

Wenn nicht alles täuscht, steht das Regime des Staatspräsidenten de Gaulle jetzt vor einer politisch-ökonomischen Machtprobe, die a u s e r h a l b des Parlaments ausgetragen wird. Ob es zu erneuten Verhandlungen über die Forderungen der Gewerkschaften kommen wird, oder ob de Gaulle tatsächlich Militär gegen die streikenden Arbeiter einsetzt, wird man in naher Zukunft wissen.

+ - -

Kürzungen unvermeidlich ?

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Der Bundesminister für Verkehr hat den Mitgliedern des Deutschen Bundestages soeben das zweite Vierjahresprogramm der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes für die Rechnungsjahre 1963 - 1966 vorgelegt.

Die Bundesregierung hat dieses Programm unter der Voraussetzung genehmigt, daß es sich um ein Schwerpunktprogramm handelt, dessen einzelne Bauvorhaben im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten durchgeführt werden sollen.

Das zweite Vierjahresprogramm schließt an das ausgelaufene erste Vierjahresprogramm an. Grundlage beider Programme ist die Entschliessung des Deutschen Bundestages vom 4. Juli 1958. Das zweite Vierjahresprogramm sieht einen Gesamtaufwand von 967,9 Millionen DM vor, Ergänzungen aus Ländermitteln und anderen Quellen bleiben vorbehalten. Es handelt sich auch bei dem zweiten Vierjahresprogramm um ein Schwerpunktprogramm. Für Bundeswasserstraßen im Küstenbereich sind jährlich 97 Millionen DM vorgesehen, für Bundeswasserstraßen im Binnenbereich jährlich 145 Millionen DM. Die notwendige Freiheit für die Durchführung des Programms ist nach Auffassung der Regierung wegen der angespannten Haushaltslage des Bundes nicht gegeben.

Im Gegenteil: Nach Auffassung der Regierung ist eine Kürzung des Investitionsprogramms unvermeidlich. Darauf ist es zurückzuführen, daß beispielsweise keine Mittel für den Anschluß von Hamburg an das westeuropäische Binnenwasserstraßennetz vorgesehen sind, ebenso nichts zur Deckung der geschätzten Baukosten von 270 Millionen DM für die Schiffbrückung des Hochrheins, nichts zur Deckung der 75 Millionen DM für die Jkanalisierung der Lahn und nichts für die Aufbringung der auf 1.350 Millionen DM geschätzten Baukosten für den Saar-Pfalz-Rhein-Kanal.

Die Bewertung der einzelnen Vorschläge, für die Mittel nicht vorhanden sind, ist gewiß unterschiedlich. Man wird auch angesichts der Finanzsituation der Deutschen Bundesbahn, der Überlastung der Bundesautobahnen und Bundesstraßen durch den ständig steigenden motorisierten Verkehr und das unverantwortliche Defizit des Bundesstraßenhaushalts gezwungen sein, nach einem vernünftigen Ausgleich zu suchen, der grundsätzlich darin gefunden werden kann, die Transportmöglichkeiten auf der Schiene viel mehr auszunutzen, als es bisher praktisch geschehen ist. Man wird erhebliche Teile des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene verweisen müssen, wenn nicht in absehbaren Jahren ein Zustand erreicht werden soll, bei dem alle drei Verkehrsträger - Schiene, Straße und Schifffahrtswege - derart notleidend werden, daß niemanden mehr richtig geholfen werden kann. Trotzdem wird sich der Deutsche Bundestag mit der Frage auseinandersetzen müssen, in welchem Ausmaß und gegebenenfalls auf welchem Wege in dem einen oder anderen Fall das zweite Vierjahresprogramm der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes besser ausgestaltet werden kann, als es jetzt vorgesehen ist.

Lehrermangel - ein ungelöstes Problem

Von Hans Dietz, Stuttgart

Als vorläufiges Ergebnis eingehender parlamentarischer Beratungen in Baden-Württemberg wurde festgestellt, daß wegen des Lehrermangels kein Grund bestehe, in eine Panik zu geraten. Den Alarmzahlen des Ettlinger Kreises, einer schulpolitischen Arbeitsgemeinschaft der Industrie, setzte das Kultusministerium das Ergebnis eigener Untersuchungen entgegen. 1970 wird einem Bedarf von rund 23 000 Volksschullehrern ein verfügbarer Bestand von 24 700 bis 26 000 Lehrkräften gegenüberstehen.

Dennoch ist im Augenblick der Lehrermangel ein Problem. Vom 1. April 1963 ab soll in Baden-Württemberg die Schulpflicht auf neun Jahre verlängert werden. Fast wäre an der Übertreibung eines zweifellos bestehenden akuten Lehrermangels die Einführung des neunten Volksschuljahres gescheitert. Nur die Angst vor der Ungunst der öffentlichen Meinung hat die CDU genötigt, nach langem Zögern dem sozialdemokratischen Drängen nach der Einführung des neunten Volksschuljahres zu entsprechen, das in der schulpolitischen Dringlichkeitsliste oberan steht. Der Lehrermangel diente der CDU in erster Linie als "Alibi", hinter dem sie ihren kulturpolitischen Konservatismus zu verbergen suchte.

Mit einem 10 Punkte-Programm bemüht sich die baden-württembergische SPD, sowohl den augenblicklichen Lehrermangel zu beheben und zugleich die fristgerechte Einführung des neunten Volksschuljahres zu sichern. Die Schwerpunkte dieser Maßnahmen, über die der Landtag noch zu entscheiden hat, liegen in der Beseitigung aller organisatorischen Hindernisse bei der Zulassung zum Lehrstudium und zu anderem beim Ausbau der für die Zuführung zum Lehrerberuf vorzüglich geeigneten Aufbaugymnasien mit Heim. Auch das Kultusministerium leistete einen Beitrag. Von ihm wurde der Plan entwickelt, daß Männer und Frauen, die das Reifezeugnis erworben haben und mindestens 32 Jahre alt sind, durch nebenberufliche Ausbildung zunächst Schülhelfer werden und bei Bewährung an einer der acht Pädagogischen Hochschulen des Landes studieren können. Die Maßnahme soll allerdings zeitlich begrenzt werden. Dieser Notlösung pflichteten alle Parteien mehr oder weniger überzeugt bei.

Nicht so ist es bei einer anderen Maßnahme des Kultusministeriums, nach der Schüler mit abgeschlossener Mittelschulbildung nach einer dreijährigen Ausbildung an neu zu errichtenden Pädagogischen Hochschulen zum Lehrstudium zugelassen werden sollen. Gegen diese Absicht wehren sich auch die Lehrgewerkschaften. Sie erblicken in ihr die Gefahr, daß die mühsam errungene hochschulmäßige Ausbildung ausgehöhlt wird. Um die letzte Entscheidung wird im Parlament noch gerungen.

Inzwischen hat sich der Optimismus über den Erfolg aller dieser Notbehelfe etwas gelegt. Das liegt an der wachsenden Erkenntnis, daß der Lehrermangel keine isolierte Erscheinung ist, sondern doch mehr als Teil des allgemein bestehenden Mangels an Arbeitskräften betrachtet werden muß.

Ursache oder Wirkung - das Ergebnis bleibt

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Stärker als in der Aussenpolitik sind seit der Rückkehr des jugoslawischen Staats- und Parteichefs Tito von seinem "sowjetischen Winterurlaub" Anzeichen einer Straffung im Bereich der Innen-, Partei- und Kulturpolitik zu beobachten. Nach dem seit geraumer Zeit nicht mehr zu überhörenden Appell an die "bewußten Faktoren", hat Tito in mehreren Reden die Rolle der Partei neu akzentuiert. Demnach soll der "Bund der Kommunisten Jugoslawiens" wieder die lenkende Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung werden und nicht nur, wie es einstmals verkündet worden ist, kontrollierende und aufklärende Funktionen ausüben. Obwohl nicht offen ausgesprochen, muß doch gefolgert werden, daß der entpolitisierte Lebensbereich in Jugoslawien demnächst empfindlich eingeeengt werden dürfte.

Mehr noch als der Angriff auf die "opportunistischen Karriere-macher" innerhalb der kommunistischen Partei überraschten die harten Worte gegen die allzu sehr "dekadenten Einflüsse aus dem Westen" unterliegende jugoslawische Intelligenz. Obwohl Tito zwar vor einer "anti-intellektuellen Hexenjagd" warnte, dürfte dies nicht mehr ganz zu vermeiden sein. Eine neue, antiliberale Phase jugoslawischer Kulturpolitik ist angebrochen. Denn kaum waren die Kritiken laut geworden, da folgten ihnen bereits gewisse Maßnahmen. Die zu Ende des Jahres in serbisch-kroatischer Sprache erfolgte Herausgabe von Pasternaks "Doktor Schiwago" stand in einem verspäteten Gegensatz zu den sich mehrenden Verboten von Kurzfilmen, der Relegation einiger Universitätsprofessoren und insbesondere der angekündigten Gegenoffensive gegen die abstrakte Malerei. Künstlern, die der modernen Malerei huldigen, so ließ der jugoslawische Staatschef deutlich wissen, wird in Zukunft der Kahn der bisher reichlich fließenden Staatsgelder abgedreht werden.

Mehr als ein Jahrzehnt liberaler Kunstauffassung und fast einseitiger Förderung des Modernen haben jedoch so tiefe Spuren hinterlassen, daß man nur schwer an eine ganz schmerzlose Rückkehr zum parteilichen Kunstmonopol glauben kann.

Inwiefern dieser auf die absolute Beherrschung und Gestaltung aller Lebensbereiche gerichtete Monopolanspruch der Partei Ergebnis der sowjetisch-jugoslawischen Annäherung ist, kann gegenwärtig nicht genau beantwortet werden. Eine gewisse Zentralisierung innerhalb der Wirtschaft war schon lange vor der Titoreise in die Sowjetunion zu beobachten gewesen. Ja, die sowjetischen Kommunisten berufen sich in ihren ideologischen Streit mit China darauf, daß die in letzter Zeit erfolgten verschiedenen zentralistischen Reformen in Jugoslawien erst die Aussöhnung mit Moskau ermöglicht haben, weil sie gleichsam eine Rückgängigmachung gewisser "revisionistischer Ansichten" bedeuteten. Kann auch die Frage nach Ursache oder Wirkung der neuen innenpolitischen Entwicklung Jugoslawiens gegenwärtig noch nicht eindeutig beantwortet werden, besteht an bestimmten antiliberalen Ergebnissen schon heute kein Zweifel mehr. Mit der Zeit wird auch die einiges politische Interesse beanspruchende Nebenfrage leichter beantwortet werden können.

Freie Welt - Lieder der Arbeiterbewegung

R.W. Die deutsche Arbeiterbewegung hat eine ruhmreiche Tradition. Sie vollzog von allem Anfang nicht nur eine politische und gewerkschaftliche, sondern auch eine kulturelle Mission. Dies bewiesen schon im Rahmen der Arbeiterbildungsvereine des vorigen Jahrhunderts die Arbeitersänger. In der hohen Zeit der Arbeiterbewegung nach dem ersten Weltkrieg haben die Arbeitersängerbünde und die Singkreise der Jugendbewegung - wie ein großer Sozialist sagte - "durch ihre herrlichen gesanglichen Leistungen uns in ihren Bann gezogen, sie waren uns das nie verlöschende Freudenfeuer unserer Bewegung und so eine Herzenssache jedes Einzelnen!" Dem Banauentum des Nazismus ist dieses Kulturwerk zum Opfer gefallen - doch es leuchtet noch lange weiter. Das Lied im Leben des Arbeiters auch unserer Tage ist nicht verklungen. In den Erinnerungen widerhallen die alten Melodien - sie dürfen nicht ganz verwehen in unserer an Dissonanzen reichen technischen Gegenwart, sondern eine bewahrende Heimstatt finden in den Herzen der Gesinnungsgleichen, aber auch der jungen Generation ein Zeugnis von der Pioniertat ihrer Väter und Vorfäter abgeben.

So ist es eine kulturhistorische Tat, daß der Verlag "Die Brücke", München, mit der Produktion einer Schallplattenserie begonnen hat, die unter dem Leitwort "Freie Welt" steht, um das alte Liedgut der Arbeiterbewegung für Gegenwart und Zukunft zu erhalten. Zwei Platten sind bereits aufgelegt. Besungen sind sie vom Chor der Münchener Gewerkschaften unter dem Dirigenten Rudolf Lamy, die musikalische Untermalung einzelner Lieder vollführten Mitglieder des Orchesters Kurt Graunke unter Stabführung von Eugen Cymbalistyj. Die Auswahl der Lieder ist besonders für besinnliche Feierstunden (z. B. für Altenehrungen, Feiern der Jugend und der politisch Verfolgten und Veranstaltungen der Arbeiterorganisationen anlässlich ihrer hundertjährigen Bestehen) geeignet.

Auf dem Schallplattenmarkt war es ein Mangel, daß Lieder der Arbeiterbewegung fehlten. Die Freie-Welt-Serie hat diese Lücke mit folgenden Liedern ausgefüllt: Schaffende Hände umspannen die Erde - Ein guter Tag zu Ende geht - Lied der Moorsoldaten - Unsterbliche Opfer (1) / Brüder, zur Sonne, zur Freiheit - Lied der Solidarität - Die Arbeiter-Marseillaise - Die Gedanken sind frei.

Auch der Schallplattenfreund wird die beiden Platten in seiner Truhe nicht missen wollen, weil es ein Vermächtnis zu wahren gilt. Die Platten können zum Sonderpreis von je 5.-- DM beim Verlag "Die Brücke" 8 München 15, Kolpingstr. 9/III bezogen werden. Auch für Freunde im In- und Ausland ist diese Schallplattenserie ein willkommenes Geschenk und eine Erinnerung an stolze Zeiten.